

Vom Kampf gegen den Zwang

Mobbing in der Ausbildung führte eine junge Oltnerin in die Magersucht. Jetzt will sie ihre Erfahrungen mit Leidensgenossinnen teilen.

Daniela Deck

Tabus gibt es bis heute in unserer Gesellschaft. Gerade bei gewissen Gesundheitsfragen sind Ängste vor dem Verlust der Arbeitsstelle gross. Und Ängste davor, die soziale Position könnte wegbrechen. Grösser als der Mut, die Mauer des Schweigens zu durchdringen. In diesen Bereich gehören Essstörungen: Magersucht, Ess-Brechsucht und unkontrolliertes Überessen, um nur einige zu nennen.

Nun will eine Oltnerin Mitte 30 eine Selbsthilfegruppe zu Essstörungen gründen. Ihren Namen in der Zeitung zu lesen, könne sie sich aber nicht leisten, zumal sie im Gesundheitswesen tätig ist. Deshalb erzählt sie ihre Geschichte anonym. Es ist die Geschichte eines Kampfes gegen Zwangshandlungen. Nennen wir die Frau Anita.

Mobbing bei der Ausbildung im Spital

Die Voraussetzungen für ein gesundes, gelingendes Leben standen gut bei Anita: eine intakte vierköpfige Familie, eine unauffällige Schul- und Jugendzeit mit Freundschaften und Sport inmitten von Olten und der Wunsch, Pflegefachfrau zu werden. Das erste Problem bei der Ausbildung an einem Spital in der Region war Mobbing durch eine Vorgesetzte. «Sie hat mir negative Einträge in den Rapport geschrieben, die freier gefunden waren», erzählt Anita. Ihr Versuch, von weiter oben in der Hierarchie Rückendeckung zu bekommen, sei daran gescheitert, dass die Teamleiterin und deren Chefin gute Freundinnen waren.

Dass statt dem Diplom als Pflegefachfrau nach der Ausbildung nur der Abschluss als Fachangestellte Gesundheit (FaGe) herauschaute, schreibt Anita der Mobbingssituation zu. Frustriert und verunsichert entschied sie, die von Natur aus zierlich und gut proportioniert ist, eine



Durch die Essstörung ist das Selbstbild verzerrt. Wer an Magersucht erkrankt ist, empfindet sich selbst dann noch als dick, wenn der Körper längst hungert (Symbolbild). Bild: Fotolia

Diät zu machen. Anitas Vertraute damals war eine junge Frau mit einem Bulimie-Problem (Ess-Brechsucht), «was ich zu der Zeit leider nicht realisierte».

Anitas Speiseplan verengte sich, von Salat und Pouletfleisch zu Flüssignahrung – Cappuccino

und Wasser. «Ich fand als 25-Jährige Gefallen daran, zu hungern und gleichzeitig diszipliniert Lauf- und Velosport zu machen, vom Perfektionismus am Arbeitsplatz ganz zu schweigen. Im Rückblick wundert es mich, dass ich bei diesem Unter-

gewicht ohne Kreislaufkollaps davonkam», sagt Anita. Sie begann, Familienfeiern zu schwänzen. Und die Hilfsangebote ihrer Eltern, über alles zu reden oder für sie zu kochen, abzulehnen.

Um aus dem Spital – mittlerweile arbeitete sie am Bürgerspi-

Angestellte mit Essstörungen: Das sagt die Spitäler AG

Auf Anfrage nimmt die Solothurner Spitäler AG (soH), die grösste Anbieterin im Solothurner Gesundheitswesen, nicht spezifisch Stellung zu Essstörungen bei ihren Angestellten. Stattdessen werden physische und psychische Erkrankungen zusammenfassend betrachtet. Betroffene Mitarbeitende könnten sich «jederzeit entweder direkt an die vorgesetzte Person oder die zuständige HR-Beraterin oder im Rahmen eines vertraulichen Gesprächs an das Team der Betriebspsychologinnen wenden». Vorgesetzte würden für gesundheitliche Anliegen der Mitarbeitenden sensibilisiert. Für erkrankte Mitarbeitende gelte Kündigungsschutz. Wie oft Essstörungen bei der Belegschaft vorkommen, respektive Krankheiten generell, dürfen Arbeitgeber nicht erheben. (dd)

tal in Solothurn – wegzukommen, absolvierte sie eine Zusatzausbildung zur Praxisassistentin und wechselte in eine Arztpraxis.

Fehlzeiten am Arbeitsplatz habe es bei ihr nie gegeben. Verborgen blieb der Gewichtsverlust aber nicht, und eines Tages erhielt Anita die Kündigung. «Da zog ich selbst die Reissleine und wies mich in eine Klinik im Thurgau ein, die auf Essstörungen spezialisiert ist», sagt Anita.

Sie ist überzeugt, dass Essstörungen gerade in der Gesundheitsbranche keine Seltenheit sind. «Darüber geredet wird aber nicht. Niemand will sich dem Vorwurf aussetzen, nicht belastbar zu sein.» Indessen war der Fachkräftemangel schon vor der Pandemie so gross, dass Anita nach dreieinhalbmonatiger Kur die Klinik mit einem neuen Arbeitsvertrag in der Tasche verliess und zu

80 Prozent wieder arbeitete. Dies mit der dringenden Empfehlung des Thurgauer Fachpersonals, zur Nachsorge im Solothurnischen in eine Tagesklinik einzutreten. Anitas Erfahrung: Da gibt es halbjährige Wartezeiten, die bei Essstörungen den Rückfall praktisch garantieren, zu wenig Plätze und wenn, dann muss man zu mindestens 60 Prozent berufstätig sein.

Halt durch Selbsthilfegruppen in Zürich und Aarau

Ihre Rettung: eine Selbsthilfegruppe in Zürich, durch die sie eine weitere in Aarau fand. «Gleichgesinnte zu finden und über die Probleme reden zu können, ist eine grosse Hilfe», sagt sie. Das gelte besonders bei Krankheitsbildern rund ums Essen, die ihre Wurzeln in Ängsten, einem Mangel an Selbstliebe und einem verzerrten Selbstbild haben.

Seit dem Klinikaufenthalt kämpft Anita sich wieder aus eigener Kraft durchs Leben, unterstützt durch ihre Partnerschaft, wöchentliche Psychotherapie sowie punktuell durch eine Ernährungsberaterin. Statt gegen die Glorifizierung des Hungers kämpft sie aktuell gegen zwanghafte Essattacken zwischen den Hauptmahlzeiten, so genanntes Binge Eating. Auch wenn ihr der Verstand sagt, dass ihr Körper das Normalgewicht noch nicht erreicht hat, ist die Angst geblieben, übergewichtig zu werden.

Jetzt will Anita eine Selbsthilfegruppe für Essstörungen in der Region Olten gründen, damit Leidensgenossinnen und -genossen aus der Einsamkeit befreit werden und sich vernetzen können. Willkommen sind alle Essstörungen sowie Geschlechter. Unterstützt wird Anita zur Gründung von Selbsthilfe Solothurn. Damit die Gruppe starten kann, braucht es sechs Personen (Interessierte melden sich bei der Kontaktstelle, Telefon 062 296 93 91, E-Mail: info@selbsthilfesolothurn.ch).

Nun sollen Gemeinden der AKSO helfen

Um die Pendenzen bei den Ergänzungsleistungen abzubauen, prüft der Kanton, ob die Gemeinden die Ausgleichskasse unterstützen können.

Raphael Karpf

Ende September kam es bei der Solothurner Ausgleichskasse (AKSO) zum grossen Knall: Aufgrund der anhaltenden Probleme bei den Ergänzungsleistungen gab der gesamte Vorstand bekannt, per Ende Jahr zurückzutreten. Und auch der stellvertretende Geschäftsführer, der die AKSO vorübergehend geleitet hatte, hatte gekündigt. Damals gab der Kanton bekannt, dass man ein externes Krisenmanagement installieren werde, um die Ausgleichskasse wieder auf Vordermann zu bringen. Diese Arbeiten sind nach wie vor im

Gange, von dieser Seite hatte der Kanton am Donnerstag noch keine Neuigkeiten zu verkünden. Hingegen gab er bekannt, dass nun die Gemeinden der Ausgleichskasse helfen sollen, die Pendenzenberge abzubauen. Konkret: die AHV-Zweigstellen in den Gemeinden. Dort können sich Personen für Ergänzungsleistungen anmelden oder beraten lassen, von dort werden die Gesuche an die Ausgleichskasse in Zurich weitergeleitet.

«Es wird geprüft, ob und in welchem Umfang Mitarbeitende der Zweigstellen temporär auch einen Teil der Aufgaben, die die AKSO erledigt, über-

nehmen könnten», schreibt der Kanton in einer Mitteilung. Dies solle «im Rahmen einer gemeinsamen Krisenbewältigung» geschehen. «Es sind alle betroffenen und involvierten Stellen gefordert, gemeinsam und möglichst rasch eine Lösung zu finden – dies zum Schutz und zum Wohle unserer betroffenen Bevölkerung im Kanton Solothurn», heisst es weiter.

Kritik der Gemeindeflügel löst sich in Luft auf

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise mag die Massnahme vielleicht nicht überraschen – noch vor einigen Mona-

ten hatte es aber komplett anders getönt. Damals hatten die Gemeinden noch zu den heftigsten Kritikern der Ausgleichskasse gehört.

Der Hintergrund war eine Softwareumstellung bei der Ausgleichskasse. Die Gemeinden befürchteten damals, dass die Zweigstellen keinen Zugriff auf wichtige Dokumente mehr haben werden und damit ihren Auftrag gar nicht mehr wahrnehmen können. Diese Befürchtung hat sich inzwischen in Luft aufgelöst. «Die Zweigstellen können ihre gewohnten Aufgaben auch mit dem neuen System wahrnehmen», hält nun der Kanton fest.

EVP fordert Erhöhung der Familienzulagen

Entlastung Höhere Krankenkassenprämien, höhere Energiepreise, höhere Lebenshaltungskosten, höhere Hypothekenzinsen, höhere Mieten und so weiter: Das Leben ist insbesondere für Familien mit Kindern teurer geworden, schreibt die Solothurner EVP. Die Partei verlangt deshalb eine staatliche Entlastung. Kantonsrat André Wyss (Rohr) wird in der nächsten Session im November einen Auftrag zur Erhöhung der minimalen Familienzulagen um 30 Franken einreichen.

Die Zulagen seien seit längerem nicht mehr angepasst worden und der Kanton Solothurn sei mit 200 Franken Kinderbeziehungswise 250 Franken Ausbildungszulage einer der wenigen Kantone, welche

nur das Minimum auszahlen, schreibt Kantonsrat Wyss zur Begründung. Die Mehrheit der Kantone zahle höhere Beiträge aus, im Schnitt rund 230 beziehungsweise 280 Franken. (szr)

ANZEIGE

SO STREAMT DIE SCHWEIZ.

one+
oneplus stream it